Nuck, Kurt: Blutuntersuchung als Beweismittel bei Feststellung der Vaterschaft. (*Hyg. Inst., Univ. Freiburg i. Br.*) Zeitschr. f. ärztl. Fortbild. Jg. 24, Nr. 15, S. 494 bis 496. 1927.

Die Arbeit von Nuck enthält für den Gerichtsarzt nichts wesentlich Neues. Sie berücksichtigt bei der Frage der Blutuntersuchung zwecks Feststellung der Vaterschaft nur die v. Dungere-Hirschfeldsche Vererbungsregel, nicht die Bernsteinsche, die doch nach den neuesten Untersuchungen auch für gerichtliche Zwecke als die maßgebende anzusehen ist.

G. Strassmann (Breslau).

● **Sittlichkeit und Strafrecht. Gegenentwurf zu den Strafbestimmungen des amtlichen Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches über geschlechtliche und mit dem Geschlechtsleben im Zusammenhang stehende Handlungen.** (Abschnitte 17, 18, 21, 22 und 23) nebst Begründung hrsg. v. Kartell f. Reform d. Sexualstrafrechts. Berlin: Verl. d. Neuen Ges. 1927. 99 S. RM. 2.—.

Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis von Beratungen des Kartells für Reform des Sexualstrafrechts, welche in den Jahren 1925—1927 stattfanden, um die Strafbestimmungen des amtlichen Entwurfes eines deutschen Strafgesetzbuches von 1925 einer Kritik zu unterziehen, soweit diese Bestimmungen mit dem Geschlechtsleben im Zusammenhang stehen. Wenn auch der amtliche Entwurf in einigen Punkten gegenüber dem geltenden Gesetze Fortschritte aufweist, so hat sich doch der ganze Komplex der Bestimmungen über Sexualdelikte von der alten kirchlichen Überlieferung nicht losmachen können. Schon der Umstand, daß die Geschlechtsbeziehungen zwischen Mensch zu Mensch als solche Gegenstand besonderer strafrechtlicher Handlung geblieben ist, läßt sich mit der modernen Auffassung vom Geschlechtsleben schwer vereinen. Wenn man glaubt, besonderer Strafdrohungen für Sexualdelikte nicht entraten zu können, so fasse man sie in einer einzigen Bestimmung zusammen, in welcher nur dann Strafe angedroht werde, wenn die Tat unter Anwendung von Drohungen oder vor Gewalt, wenn sie an Geschlechtsunreifen oder Willenlosen, oder wenn sie in einer Weise vollzogen werden, die öffentliches Ärgernis erregt. Der amtliche Entwurf erklärt eine Reihe von sexuellen Handlungen für strafbar, die nach moderner Anschauung keineswegs strafwürdig sind. Der Gegenentwurf beklagt es aufs lebhafteste, daß hinsichtlich der Fruchtabtreibung eine grundsätzliche Änderung nicht erfolgt sei, denn ein vernünftiger Grund, die Fruchtabtreibung, falls die Schwangere selbst sie vornimmt oder vornehmen läßt, unter Strafe zu stellen, bestehe nicht. Wohl aber gäbe es zahlreiche Gründe sozialer, sanitärer, hygienischer und rechtstheoretischer Natur, die Fruchtabtreibung straflos zu lassen. Nur die ohne Einwilligung der Schwangeren an ihr vorgenommene Abtreibung sei strafwürdig. Auch empfehle es sich, wegen der schweren Gefährdung, die eine Vornahme der Abtreibung durch dazu ungeeignete Personen im Gefolge hat, eine Strafbestimmung gegen Kurfuscherei aufzunehmen. Wenn eine Verletzung aus sexuellem Beweggrund im Einverständnis mit dem Verletzten erfolgt, so liegt ein Eingriff in die Willenssphäre des Verletzten zweifellos nicht vor. Es wird daher die Bestrafung solcher Fälle abgelehnt, denn das Strafrecht hat nicht den Zweck „gute Sitten zu schützen“. Die guten Sitten sind ein vager und vieldeutiger Begriff. Was ein Sadist mit einem Masochisten vornimmt, muß, dessen Einwilligung und das Fehlen öffentlichen Ärgernisses vorausgesetzt, straffrei bleiben. Es fehlt jeder Strafgrund. In dem Gegenentwurf ist durchwegs die Parität zwischen Mann und Frau hinsichtlich des Schutzes ihrer geschlechtlichen Freiheit hergestellt, weshalb in den Paragraphen über Nötigung zur Unzucht für „Frau“ „Personen“ gesetzt wird. Das Delict Inzest ist nicht völlig gestrichen worden, hauptsächlich deshalb, weil kein strafrechtliches Mittel unbenutzt bleiben dürfe, um namentlich jugendliche Menschen vor dem Mißbrauch zu schützen, den autoritative Persönlichkeiten, also auch die Eltern, mit ihrer Autorität zu treiben imstande sind. Die Aufrechterhaltung einer besonderen Strafbestimmung für gleichgeschlechtliche Handlungen, wenn auch für gewisse, wird als mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung und mit einer modernen Auffassung des Geschlechtslebens unvereinbar, mit überzeugenden Gründen abgelehnt, wobei auf das